



22. Oktober 1998, Pressemitteilung Nr. 93/1998

Gemeindeergebnisse der Volksabstimmung vom 27. September 1998

Stadt-Land-Gegensatz bei der LSVA - geringe Unterschiede bei der Kleinbauerninitiative - sprachregionale Polarisierung bei der AHV-Initiative

Die LSVA-Vorlage polarisierte vorwiegend zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden. Bei keiner verkehrspolitischen Vorlage der letzten 15 Jahre war der Unterschied zwischen Stadt und Land grösser gewesen. Die Städte sprachen sich deutlich für die offizielle Verkehrspolitik von Bundesrat und Parlament aus, während die Landgemeinden sie klar ablehnten. – Anders als bei früheren landwirtschaftspolitischen Vorlagen ergaben sich bei der Kleinbauerninitiative keine markanten Unterschiede zwischen Stadt und Land und zwischen den Sprachregionen. – Die AHV-Initiative vermochte die Mehrheit der Stimmenden in der Romandie und in der italienischen Schweiz zu überzeugen. In der Deutschschweiz wurde sie klar verworfen. Dies sind einige Ergebnisse der Analyse der Gemeindeergebnisse des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Abstimmung über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA): Markanter Unterschied zwischen Stadt und Land

Keine verkehrspolitische Vorlage hat in den letzten 15 Jahren derart stark polarisiert wie das Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Der Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden beläuft sich auf überdurchschnittliche 19 Prozentpunkte; ein Wert, der bei den 140 Volksabstimmungen seit 1981 erst viermal übertroffen wurde. Die städtischen Gemeinden hiessen die LSVA mit 64% Ja-Stimmen deutlich gut, die Landgemeinden verwarfen sie mit 45% Ja-Stimmen. Bei früheren verkehrspolitischen Vorlagen hatte die Differenz zwischen Stadt- und Landgemeinden höchstens 14 Prozentpunkte betragen.

Werden verschiedene *Gemeindetypen* miteinander verglichen, so ergeben sich noch grössere Differenzen. In den agrarischen Gemeinden wurde die LSVA-Vorlage mit 37% Ja-Stimmen am deutlichsten verworfen. Auf der zustimmenden Seite stechen die Grosszentren (Zürich, Basel, Bern, Genf und Lausanne) mit einem aggregierten Ja-Stimmenanteil von 78% besonders hervor. Überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile erreichten auch die mittleren und kleineren Zentren sowie die Agglomerationsgemeinden der fünf grössten Städte (63 bzw. 64% Ja-Stimmen).

Dieser Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie lässt sich anhand der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs illustrieren. Zentren verfügen bekanntlich über ein breites Angebot öffentlicher Verkehrsmittel, während das Angebot in peripher gelegenen Gemeinden bescheidener ist. Es lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Ja-Stimmenanteil und der *Wahl des Verkehrsmittels beim Gang zur Arbeit* nachweisen. In Gemeinden, in denen relativ viele Personen die öffentlichen Verkehrsmittel für ihren Arbeitsweg benutzen, war die Zustimmung zur LSVA hoch. In Gemeinden, in denen die öffentlichen Verkehrsmittel vergleichsweise wenig benutzt werden (können), war die Zustimmung niedrig. So beläuft sich beispielsweise der Ja-Stimmenanteil in Gemeinden, in denen weniger als 10% die öffentlichen Verkehrsmittel benützen auf 44%, gegenüber 75% Ja-Stimmen in Gemeinden, in denen mehr als zwei Fünftel mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit gelangen.

Geringe Unterschiede zwischen den Sprachregionen

Anders als bei früheren verkehrspolitischen Vorlagen unterschied sich das Abstimmungsverhalten nach **Sprachregion** nur wenig. Die italienische Schweiz befürwortete die LSVA am deutlichsten (67%), gefolgt von der Deutschschweiz (58%) und der Romandie (52%). Mit Ausnahme der Abstimmung über die Bahn 2000 war der Unterschied zwischen der französischen und deutschen Schweiz bei sämtlichen verkehrspolitischen Vorlagen seit 1981 grösser als bei der LSVA-Vorlage (6 Prozentpunkte). So hatte etwa bei der Einführung der Schwerverkehrsabgabe 1984 oder bei der Abstimmung über den LSVA-Verfassungsartikel 1994 die Differenz zwischen der Romandie und der Deutschschweiz 18 bzw. 23 Prozentpunkte betragen.

Ähnlichkeit mit der EWR-Abstimmung

Werden die einzelnen Sprachregionen separat betrachtet, so lässt sich in der Romandie und in der Deutschschweiz sowie in geringerem Ausmass in der italienischsprachigen Schweiz ein Zusammenhang zwischen den Ja-Stimmenanteilen zur LSVA und zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ausmachen. Je grösser die Zustimmung zum EWR, desto höher die Ja-Stimmenanteile zur LSVA (und umgekehrt). In der französischen Schweiz erreichten beispielsweise jene Gemeinden, die den EWR mit mindestens 75% Ja-Stimmen am stärksten gutgeheissen hatten, bei der LSVA einen Ja-Stimmenanteil von 59%. Jene 43 französischsprachigen Gemeinden, welche den EWR verworfen hatten, verwarfen auch die LSVA deutlich (27% Ja-Stimmen). In der Deutschschweiz lehnten die Gemeinden, in denen höchstens ein Viertel der Stimmenden Ja zum EWR gesagt hatten, die LSVA klar ab (35% Ja-Stimmen). Die 185 deutschsprachigen Gemeinden, die den EWR angenommen hatten, bejahten auch die LSVA deutlich (71% Ja-Stimmen).

Kontinuität bei verkehrspolitischen Abstimmungen

Im Vergleich zu den **verkehrspolitischen Abstimmungen der Vergangenheit** – insbesondere Vorlagen im Bereich des Schwerverkehrs – lässt sich eine bemerkenswerte Kontinuität im Stimmverhalten feststellen. Die räumliche Verteilung der Ja-Stimmenanteile bei der Alpeninitiative, bei der Einführung des LSVA-Artikels und bei der Fortführung der pauschalen Schwerverkehrsabgabe (alle 1994), bei der Koordinierten Verkehrspolitik (KVP, 1988), bei der Initiative zur gerechten Besteuerung des Schwerverkehrs (1986) sowie 1984 bei der Einführung der pauschalen Schwerverkehrsabgabe entspricht weitgehend jener bei der LSVA .

Abstimmung über die Kleinbauerninitiative: Geringe Differenzen zwischen den Gemeinden

Die Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» (Kleinbauerninitiative) erlitt eine veritable Abfuhr. Erst 19 Mal seit der Einführung dieses Volksrechts 1891 hat eine Initiative ein schlechteres Ergebnis erzielt. Der Unterschied im Stimmverhalten zwischen ländlichen und städtischen Gemeinden fiel – anders als bei früheren Vorlagen aus dem Bereich der Landwirtschaft – gering aus (7 Prozentpunkte). Zum Vergleich: Bei der ersten Kleinbauerninitiative von 1989 hatte die Zustimmungsdifferenz zwischen Stadt und Land überdurchschnittliche 19 Prozentpunkte betragen. Ebenso war der Unterschied zwischen den deutsch- und französischsprachigen Gemeinden mit 10 Prozentpunkten deutlich geringer als bei den meisten früheren landwirtschaftspolitischen Vorlagen.

Die Initiative wurde von 99% der Gemeinden klar verworfen. Noch am meisten Unterstützung fand sie in den fünf Grosszentren, wo fast jeder Dritte ein Ja in die Urne legte. Die mittleren Städte erreichten 27% Ja-Stimmen. In den agrarischen Gemeinden schnitt die Initiative hingegen am schlechtesten ab (12% Ja-Stimmen). Bei landwirtschaftspolitischen Vorlagen legten Grosszentren und Agrargemeinden immer wieder ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten an den Tag, wobei die grossen und mittleren Städte gegen die landwirtschaftlichen Gemeinden ökologische Anliegen unterstützten und teilweise zum Durchbruch verhelfen. Bei der jüngsten Kleinbauerninitiative war

dies nicht der Fall, die Initiative vermochte auch die Stimmenden in den grossen und mittleren Städten nicht übermässig zu überzeugen.

Abstimmung über die AHV-Initiative: Polarisierung zwischen den Sprachregionen

Die räumliche Verteilung der Ja-Stimmenanteile bei der Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» (sogenannte Auffang-Initiative) war ähnlich wie bei früheren sozialpolitischen Vorlagen – insbesondere bei solchen mit Bezug zur AHV. Das Abstimmungsverhalten bei der Initiative zur Herabsetzung des Rentenalters, der Initiative zum Ausbau von AHV und IV und der 10. AHV-Revision ging in die gleiche Richtung wie jenes bei der AHV-Initiative.

Die AHV-Initiative polarisierte überwiegend entlang der sprachregionalen Achse. Die deutsche Schweiz setzte sich dabei mit einer deutlichen Nein-Mehrheit (38% Ja-Stimmen) gegen die französische und italienische Schweiz durch (53 bzw. 60% Ja-Stimmen). Dass in der lateinischen Schweiz die Zustimmung zu einem Ausbau der Sozialversicherungen grösser ist als in der Deutschschweiz, war bei sozialpolitischen Vorlagen der Vergangenheit verschiedentlich zu beobachten; so etwa beim Krankenversicherungsgesetz (1994) oder beim Beschluss über die Arbeitslosenversicherung (1997).

Ausgewählte Gemeindeergebnisse

Die Vorlage über die *leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe* wurde in vier Gemeinden mit Ja-Stimmenanteilen von mehr als 90% gutgeheissen. Es sind dies Moleno und Calpiogna (beide TI), Biel (VS) und Caucio (GR), alles Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnerinnen und Einwohnern. 10 Gemeinden verzeichneten weniger als 10% Ja-Stimmen; drei davon liegen im Kanton Freiburg (Zénauva, Les Ecasseys, Rueyres-Treyfayes), je zwei in den Kantonen Bern bzw. Schwyz (Seehof, Scheunen bzw. Innerthal, Vorderthal) und je eine in den Kantonen Graubünden, Waadt und Neuenburg (Tschieriv, Rossenges und Brot-Plamboz).

Die drei Tessiner Kleingemeinden Largario, Mosogno und Cavagnago stimmten der *Kleinbauerninitiative* mit mehr als 85% Ja-Stimmen zu. 22 Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnerinnen und Einwohnern lehnten die Initiative demgegenüber einstimmig ab. 14 davon liegen im Kanton Waadt, vier im Kanton Graubünden, zwei im Kanton Freiburg und je eine in den Kantonen Wallis und Bern. In weiteren 103 Gemeinden legte höchstens jeder Zwanzigste ein Ja in die Urne.

Die *AHV-Initiative* erzielte in fünf Kleingemeinden Ja-Stimmenanteile von über 80%: In den Tessiner Gemeinden Mosogno und Menzonio, in der Bündner Gemeinde Leggia, in der Walliser Gemeinde Bister und in Mettembert (JU). Fünf Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnerinnen und Einwohnern – Riemenstalden (SZ), Kammersrohr (SO), Hinterrhein und Medels im Rheinwald (beide GR) sowie Largario (TI) – lehnten die Initiative mit Ja-Stimmenanteilen von unter 10% ab.

Analyse der Abstimmungsergebnisse sämtlicher Gemeinden

Die hier vorgestellte Untersuchung basiert auf **den effektiven Abstimmungsergebnissen aller Schweizer Gemeinden**. Erklärt wird das unterschiedliche Abstimmungsverhalten mit den unterschiedlichen demographischen und wirtschaftlichen Strukturen der Wohngemeinden der Stimmberechtigten (Aggregatdatenanalyse). Die Ergebnisse der statistischen Analyse ist eine Ergänzung zu den Meinungsumfragen. Zwischen diesen beiden Untersuchungsarten besteht gewissermassen – entsprechend den methodischen Unterschieden – eine Arbeitsteilung: Meinungsumfragen wie beispielsweise die Vox-Analysen geben vor allem über die Motive und die individuellen Merkmale der Stimmberechtigten Auskunft, während die Aggregatdatenanalysen **hauptsächlich räumliche und strukturelle Erklärungen** anbieten.

BUNDESAMT FÜR STATISTIK
Informationsdienst

Auskunft:

Madeleine Schneider, BFS, Sektion Kultur, Politik und Lebensbedingungen
Tel.: 032 713 63 99

Die schriftliche Pressemitteilung [kann beim BFS bestellt werden.](#)



Copyright © 1998, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel
Quelle: Bundesamt für Statistik
E-mail: [Auskunftsdienst BFS \(Information@bfs.admin.ch\)](mailto:Auskunftsdienst BFS (Information@bfs.admin.ch))
Letzte Änderung: 21. Oktober 1998